Jürgen Trittin

MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES
GRÜNE

REISEBERICHT

Reisebericht Brasilien

Rio de Janeiro, Brasilia, Sao Paulo 06. - 08. Mai 2014

Ich besuchte vom 06.-08.05.2014 Brasilien. Anlass der Reise war die Teilnahme an der Podiumsdiskussion "Nuklearenergie in BRA und DEU: Das Nuklearabkommen von 1976" während der Brasilien-Deutschland-Tage in Sao Paulo zum Thema "50 Jahre Militärputsch von 1964". Die in Rio de Janeiro, Brasilia und Sao Paulo geführten Gespräche dienten außerdem dazu, Perspektiven der Deutsch-brasilianischen Beziehungen zu erörtern, insbesondere die Zusammenarbeit in der Energiepolitik.

Zusammenfassung

- Der Versuch, das Deutsch-Brasilianische Atomabkommen zu kündigen, hat in Brasilien eine sehr breite Presseöffentlichkeit erreicht. So publizierten u.a. *Globo* und *Valor* ausführliche Interviews.
- Es gibt auf brasilianischer Seite eine große Bereitschaft zur Kooperation auf dem Gebiet der Erneuerbaren sowie effizienter Energietechnologien, gerade weil Brasilien einen eminenten Bedarf an Energie hat.
- Eine Bereitschaft, das aus der Zeit der Militärdiktatur stammende Abkommen zu kündigen, findet sich in der Regierung dennoch nicht. Hier spielen weniger energiepolitische als strategische Überlegungen eine Rolle.
- Dennoch würde eine einseitige Kündigung des Vertrages zwar Friktionen erzeugen, nicht aber zu einer dauerhaften Beschädigung des wirtschaftlichen und politischen Verhältnisses mit dem wichtigen Schwellenland Brasilien führen, sondern die Zusammenarbeit auf die Gebiete der Erneuerbaren sowie der Energieeffizienz konzentrieren.
- Die Entwicklung, die unter Präsident Lula und der zur Wiederwahl antretenden Präsidentin Rousseff in Brasilien eingeleitet wurde, ist beeindruckend. Brasilien hat in der Demokratie eine sichtbare Mittelschicht herausgebildet. Millionen Menschen konnten der Armut entkommen.
- Die Fortsetzung dieses Entwicklungsweges geht – bedingt durch

BÜRO BERLIN
PLATZ DER REPUBLIK 1
11011 BERLIN

☏ +49 30 227-72247
🖷 +49 30 227-76203

JUERGEN.TRITTIN@BUNDESTAG.DE
WWW.TRITTIN.DE

eine große Ungleichheit – einher mit massiven Konflikten etwa überbordender Kriminalität.

- Diese offenbaren sich auch in den Streiks und Demonstrationen im Vorfeld der Fußball-Weltmeisterschaft und der Olympiade.

- Trotz dieser Konflikte und trotz der grassierenden Korruption prognostizierten alle meine Gesprächspartner eine Wiederwahl Rousseffs im Herbst – zumal es – nach Ausschaltung der Kandidatur von Marina Silva - keine ernsthafte Konkurrenz zu ihr gäbe.

Energiepolitik

Die Zusammenarbeit zwischen Brasilien und Deutschland auf dem Gebiet der Energie stand im Mittelpunkt der Reise.

GIZ-KfW, Rio de Janeiro

Beide stellten die Grundzüge der bilateralen Zusammenarbeit vor, die gerade in den Bereichen Energieeffizienz und Umweltpolitik unter Staatspräsidentin Dilma Rousseff - trotz einiger Widerstände – positiv sei. Dies zeige die Umsetzung des lang umstrittenen Waldgesetzes. Zur Steigerung der Energieeffizienz seien zwar einschlägige Regierungsprogramme vorgesehen, diese spielen im Wahlkampf jedoch aber keine Rolle.

Energieplanungsagentur EPE, Rio de Janeiro

Herausforderung sei die absehbare, weitere Steigerung des Energiebedarfs durch rasches Wachstum. Dem begegne man zum einen durch massiven Ausbau der installierten Kapazität, 4500-5000 MW p.a. in den nächsten 10 Jahren, davon 2/3 bereits in Planung bzw. in Bau. Grundsätzlich werde mit allen Energieträgern geplant. Die EPER stellte aber klar, dass auch in Brasilien Erneuerbare Energien klare Kostenvorteile gegenüber fossilen und vor allem nuklearen Brennstoffen mitbrächten. Sie erhöhten dazu die Unabhängigkeit von knappen, eigenen Gas- und Kohlereserven. Die Finanzierung der gewaltigen Investitionen sei durch ein Versteigerungssystem gesichert. Hohe Endverbraucherpreise entstehen durch das aufwändige "kontinentale Verteilernetz" sowie hohe Besteuerung.

Zum Abschluss schilderten EPE-Vertreter Einzelheiten aus dem Energieeffizienzprogramm der Regierung, mit dem insgesamt ca. 8400 MW an Verbrauch eingespart werden sollen.

Außenministerium, Brasilia

Gegenstand war der Austausch über die Erfahrungen mit der Energiewende in Deutschland und die jüngsten Entwicklungen in der brasilianischen Energiepolitik, die sich insbesondere durch die Entdeckung der Pre-Sal-Vorräte ergeben haben. Dies habe neue Diskussion über die Energie-Matrix und die Beibehal-

tung fossiler Energien ausgelöst. Die BRA Regierung strebe Kompromisse an, bei dem alternative Energiequellen - bislang 45% Bio-Energie (inklusive Ethanol) und 35% Wasserkraft - beibehalten werden sollen. Als große Herausforderung komme auf die BRA Regierung ein Mehrbedarf an Strom und somit ein zusätzlicher Deckungsbedarf von 6.000 MW/p.a. innerhalb der kommenden 15 Jahre zu um dem erwarteten Wirtschaftswachstum entsprechen zu können.

Wasserkraft sei nicht nur sauber und billig, sondern habe eine strukturierende Wirkung auf die soziale Entwicklung. So habe das Itaipu-Kraftwerk in der weiteren Umgebung positive Effekte auf den HDI-Index. Daneben habe Brasilien Interesse, den Anteil von Windenergie, die bereits heute zu einer Wertschöpfungskette geführt habe, zu erhöhen, so dass in einigen Jahren 7% der Energiematrix durch Windenergie abgedeckt werde.

Brasilien hofft bei Bio-Ethanol auf deutsche Unterstützung bei den Verhandlungen mit der EU-Kommission. Hier ist aber die Stimmungslage in Europa infolge der "Teller-oder-Tank"-Diskussion schlecht und eine Zustimmung durch das Europäische Parlament ungewiss.

Die anhaltend geringe Nutzung von Sonnenenergie wurde mit mangelnder Wettbewerbsfähigkeit aufgrund fehlender und teurer Technologie begründet. K. nannte als Beispiel: 1kWh Sonnenenergie koste 300 US$ gegenüber 40-50 US$ für 1kWh Wasserstrom. BRA produziere zwar Silicium müsse aber die Technologie aus dem Ausland einführen. Diese Darstellung war – angesichts der Weltmarktpreise für Paneele und der klimatischen Bedingungen Brasiliens - wenig überzeugend. Photovoltaik in Brasilien dürfte eher ein Opfer protektionistischer Maßnahmen sein. Ansonsten wäre sie wettbewerbsfähiger als fossile Energie.

Partido Verde, Brasilia

Die Abgeordneten der grünen Partei Brasiliens (Partido Verde) zeigten insgesamt eine klare Position gegen fossile Energieträger, lehnten Pre-sal-Förderung als zu teuer ab und sprachen sich auch gegen Schiefergas-Nutzung aus. Sie forderten die DEU Regierung auf, das Kooperationsabkommen zu Nuklearenergie von 1976 auslaufen zu lassen. Abschließend wiesen sie auf das Dilemma der BRA Nuklearenergienutzung hin, das darin bestehe, dass die Zulassungsbehörde gleichzeitig Kontrollbehörde sei. Nuklearenergie produziere hohes Risiko, aber in BRA wenig Energie.

Schließlich kritisierte Sarney den aktuellen Angriff auf eine Politik geprägt vom „Indigenismus“ um Nutzflächen auch für Wasserkraftwerke zu vergrößern, sowie die Bestrebungen, denen zufolge die Initiative zur Regelung von Demarkierungen von Exekutive auf Legislative übergehen solle. Er würdigte das Verhalten der Staatsanwaltschaften und Gerichte, die eher auf Seiten der Umweltschützer stünden.

Podiumsdiskussion, Sao Paolo

Hier fand die Podiumsdiskussion zum Thema "Energia Nuclear no Brasil e na Alemanha: o Acordo Nuclear de 1976" am Abend des 7. Mai statt. Teilnehmer waren Chico Whitaker, Mitbegründer des Weltsozialforums sowie Prof. Marijane Viera Lisboa, ehem. Staatssekretärin Marina da Silvas. Der Vertreter der Atomindustrie hatte kurzfristig seine zugesagte Teilnahme abgesagt. So bestand Einigkeit, dass das Abkommen veraltet sei und aufgekündigt werden müsse, was nur alle zehn Jahre und dieses Jahr bis November möglich sei. Whitaker bezeichnete es als "Doppelmoral", wenn Deutschland im Inland auf den Ausstieg setze und im Ausland weiter Kernenergie fördere. Parallel dazu beschloss der Deutsche Bundestag mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD dieses Abkommen wie das mit Indien nicht zu kündigen. Meine Rede zu dieser Podiumsdiskussion, ist unter folgendem Link zu finden:
http://www.trittin.de/trittin/texte/reden/rdbras.pdf

Marina Silva, Brasilia

Ich habe erneut – nach mehreren Begegnungen in meiner Zeit als Umweltminister – Marina Silva getroffen. Das Gespräch war u.a. von dem aufkommenden Präsidentschaftswahlkampf geprägt.

Für sie ist die Energie-Frage eine besondere Herausforderung. So könne etwa aus Biomasse (Zuckerrohr-Abfälle) dreimal so viel Energie gewonnen werden wie aus dem Wasserkraftwerk Belo Monte. Sonnenenergie enthalte ebenfalls ein hohes Potential, werde aber von der gegenwärtigen Regierung gar nicht mehr erwähnt. Bei Wasserkraftwerken müsse wirtschaftliche Machbarkeit mit Umwelt- und Sozialkriterien in Einklang gebracht werden. Ungelöst sei v.a. die Frage der Stromspeicherung und der -transmission über Land.

Marina Silva bestätigte ihre Ablehnung der Atom-Energie ("nicht sauber, nicht sicher"). Sie sprach sich gegen eine Verlängerung des DEU-BRA Abkommens über Nukleare Zusammenarbeit aus, das im Widerspruch zum Atomausstieg in Deutschland stehe. Mit Blick auf das BRA-Waldgesetz kritisierte sie die Regierung Rousseff.

Mit Blick auf fossile Brennstoffe sprach sie sich gegen einen Bruch und für Übergangszeiten aus. Silva verteidigte den staatlichen Ölkonzern *Petrobras*, bemängelte aber die Instrumentalisierung des Unternehmens für die Korrektur unerwünschter volkswirtschaftlicher Fakten.

Präsidentschaftswahlen

Marina Silva hatte bei der letzten Wahl 2010 fast 20% der Stimmen errungen und war die einzige ernst zu nehmende Gegenspielerin Rousseffs.

Für die neuen Wahlen hatte sie die Partei Rede Sustentabilidade, was die Konflikte innerhalb *Partido Verde* verschärfte. Sie wollte als Verfechterin eines alternativen, sauberen Politikmodells antreten. Sie hat bis heute sehr hohe

Umfragewerte. Allerdings wurde *Rede Sustentabilidade* im Oktober 2013 nicht zur Wahl zugelassen. Diese Justizentscheidung sei eine „politische Aktion“ - (Silva) beruhte offenkundig auf ihrer Popularität und der damit verbundenen Gefahr für Rousseff.

Dennoch wurde diese Entscheidung durch Silva nicht angegriffen. Stattdessen schloss sie als Vizepräsidentin-Kandidatin ein Bündnis mit dem im Zentrum und im Süden BRAs eher unbekannten Eduardo Campos und dessen Partei PSB. Dies stellte sie als eine "pragmatische Allianz" dar. Silva erläuterte die Bedingungen Ihres Wahlkampfes und ihre programmatischen Vorstellungen.

Die *Rede* sei keine Bewegung, sondern eine "Partei in der Diaspora" mit der Hoffnung, zu einer "Partei der Gesellschaft" zu werden. Auch habe die *Rede* nicht die Struktur einer konventionellen Partei, sondern arbeite im Netz, agiere über andere Parteien und trete für unabhängige Kandidaturen ein. *Rede* hat mittlerweile die erforderliche Anzahl von beglaubigten Unterschriften zusammen. Sie wird voraussichtlich nach den Wahlen erneut den Antrag auf Registrierung stellen. Es ist davon auszugehen, dass die z.Zt. anderen Parteien angehörenden *Rede*-Mitglieder dann mit ihrem Mandat in die Partei zurück wechseln werden.

Mit dem designierten Präsidentschaftskandidaten des aus dem Regierungsbündnis ausgeschiedenen PSB, Eduardo Campos, sei S. eine "programmatische Partnerschaft" eingegangen und habe die Rolle der Vize-Kandidatin übernommen. Drei thematische Hauptachsen sollen den bevorstehenden Wahlkampf bestimmen: (1) Vertiefung der Demokratie, (2) Bewahrung der Errungenschaften vergangener Regierungen (wirtschaftliche Stabilität, soziale Inklusion), Erweiterung dieser Errungenschaften sowie Korrektur der gemachten Fehler, (3) nachhaltige Entwicklung. Die Umsetzung dieser drei Achsen in ein Regierungsprogramm werde auf einem Seminar erfolgen unter Einbeziehung von Experten und der über eine Internetplattform eingegangenen Beiträge aus der Zivilgesellschaft. Das Regierungsprogramm soll Ende August vorliegen.

Auf einen möglichen Wachstumsschub durch Großereignisse wie die Fußball-WM angesprochen, äußerte S. sich skeptisch. Die Juni-Proteste von 2012 hätten auf die strukturellen Probleme BRAs aufmerksam gemacht. Niedriges Wachstum, hohe Inflation und hohe Zinsen seien das "heikle" Ergebnis von vier Jahren Regierung Rousseff.

Sonstige Themen

Partido Verde, Brasilia

Die Partei Partido Verde ist von schweren inneren Konflikten gezeichnet. Zwar verfügt die Partei angeblich über landesweit 380.000 Mitglieder, davon gehörten aber von den ursprünglich 15 Grünen im Parlament nur noch neun der Fraktion an (6 seien abgesprungen), davon eine Frau (im BRA Abgeordnetenhaus insges. 45/513 Frauen). Sie werden im Präsidentschaftswahlkampf keine Rolle spielen.

Stadtentwicklung "Porto Maravilha", Rio de Janeiro

Ich besichtigte die lange Zeit vernachlässigte - historische Hafengegend, die nun von dort begonnenen Stadterneuerungsmaßnahmen geprägt ist. Mit moderner umweltfreundlicher Verkehrsführung (inkl. Tram) soll diese ein Vorzeigeprojekt für die Olympischen Spiele werden. Ein Vertreter der Partner-Organisation FASE der HBS stellte die Auswirkungen der Neuordnung auf die bisherigen ärmeren Bewohner, u.a. den Verdrängungseffekt der Gentrifizierung dar.

Wahrheitskommission, Sao Paolo

Dias erklärte die Kommission sei überparteilich: er selbst sei Anhänger einer Oppositionspartei und für diese in einer früheren Regierung Justizminister gewesen. Neben der nationalen Wahrheitskommission hätten sich auch auf bundesstaatlicher Ebene Kommissionen gebildet, aber auch weitere, beispielsweise in der großen öffentlichen Universität USP. Die nationale Kommission erhalte auch Unterlagen von den Nachbarstaaten Uruguay und Argentinien. Auf Nachfrage verneinte Dias allerdings, dass bislang auch aus Deutschland Akten zur Verfügung gestellt worden seien.

Die Möglichkeiten der Kommission beurteilte Dias zurückhaltend: er habe einen für Folter und Mord verantwortlichen Offizier, Paulo Malhaes, intensiv befragt, bis er nach 2 Stunden Verhör seine Taten zugegeben habe. Kurz darauf sei dieser von Unbekannten ermordet worden. Dies sei mit Sicherheit eine Warnung an andere Aussagewillige gewesen.

Immerhin erhalte die Kommission ungehinderte Akteneinsicht. Man werde eine Datei aller Getöteten oder Verschwundenen anlegen, mit deren persönlichen und politischen Biografien. Dias sprach sich klar für den Fortbestand der Amnestie aus. Die Straffreiheit sei konstitutionell abgesichert und könne nicht aufgehoben werden. Ebenso klar benannte er die Rolle der USA bei dem Militärputsch.

Deutsch-Brasilianisches Jahr, Rio de Janeiro

Am Nachmittag weihte ich Trittin zusammen mit Generelkonsul Klein, die Ausstellung der Berliner Buddy Bären am Strand der Copacabana ein. Seit Abschluss der Montage am 1. Mai hatten bereits geschätzte 25.000 Besucher die Gelegenheit zur Besichtigung wahrgenommen. Hochgerechnet bis zum Ende der Ausstellung am 20.7. könnte die Besucherzahl 200.000-300.000 erreichen.

Pressegespräche

Pressegespräche gab es in Rio de Janeiro wie im Rahmen eines Pressefrühstücks in Sao Paulo. Dabei u.a. mit *Folha* de Sao Paulo, *Valor Economico*, Agentur *Envolverde*.

Die Themen Atomabkommen, Energieaußenpolitik und die Deutsch-Brasilianische Zusammenarbeit waren auch Schwerpunkte anschließender Einzelinterviews mit der *Folha* und dem *Valor*.

Gesprächspartner

- GIZ-Landesdirektor *Krammenschneider*
- KfW-Büroleiter *Sandhop*
- Außenministerium Brasilien RL Erneuerbare Energie *Emerson Kloss*, Außenministerium und RL Nicht-Erneuerbare Energien Alexandre Mendes Nina
- Fraktion Partido Verde *Sarney Filho* (Maranhao, Fraktionsvorsitzender), *Rosane Ribas Ferreira* (Parana), *Roberto de Lucena* (Sao Paulo) und *Fabio Ramalho* (Minas Gerais)
- Umweltministerin a.D. *Marina Silva*
- *Chico Whitaker*, Mitbegründer des Weltsozialforums
- Staatsekretärin a.D. *Prof. Marijane Viera Lisboa*
- *Jose Carlos Dias*, Mitglied der Nationalen Wahrheitskommission zur Aufklärung der Verbrechen der Militärdiktatur

Dank

Für die Bereitstellung von Notizen zu diesem Bericht danke ich herzlich *Frau Fischbach,* Frau Maria *Könning* sowie *Herrn Däuble* und *Herrn Klein* von den deutschen diplomatischen Vertretungen in Brasilia, Sao Paulo und Rio de Janeiro, sowie *Dawid Danilo Bartelt* von der *Heinrich-Böll-Stiftung Rio de Janeiro*.